

EZB muss Klimaschutz bei der Inflationsbekämpfung berücksichtigen

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum erreichte zum Ende des Jahres 2021 fünf Prozent und damit das höchste Niveau seit der Einführung des Euros. Gleichzeitig ist die Geldpolitik der EZB sehr expansiv und auf die Unterstützung der Wirtschaft ausgerichtet. Als Hüterin der Preiswertstabilität wird die EZB nun auf die gestiegenen Preise reagieren müssen. Diese Reaktion darf aber nicht zu Lasten des Klimaschutzes erfolgen. Stattdessen sollte eine Straffung der Geldpolitik genutzt werden, um die von der EZB im vergangenen Sommer angekündigten Klimamaßnahmen umzusetzen und verstärkt die Finanzierung klimaschädlicher Unternehmen zu reduzieren.

Was sind die Gründe für die hohe Inflation?

Für den starken Anstieg der Inflation gibt es zwei wesentliche Gründe:

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie haben für steigende Preise gesorgt. Nach dem historischen Einbruch der Konjunktur zu Beginn der Pandemie, Anfang 2020, kam es im vergangenen Jahr zu einer spürbaren Erholung. Doch nicht überall konnten die Anbieter von Waren und Dienstleistungen die schnell wieder anziehende Nachfrage auch gleich befriedigen. Die Lieferketten waren unterbrochen, es kam zu weltweiten Lieferengpässen und deshalb stiegen die Preise. So lag die Inflation im Euroraum 2020 bei niedrigen 0,3 Prozent und stieg bis zum Jahreswechsel auf fünf Prozent.

Zum anderen befeuern die rasant gestiegenen Preise für fossile Energien wie Öl

und Gas die Inflation und haben die Energiekosten der Haushalte um 25 Prozent ansteigen lassen¹. Die Ursachen hierfür liegen vorwiegend in der politisch motivierten Verknappung der Gaslieferungen aus Russland, bei weltweit hoher Nachfrage, sowie in dem verschleppten Ausbau der Erneuerbaren, der die hohe Abhängigkeit von fossilen Energieimporten begründet. Wenn also die Energiepreise oder grüne Technologien für den Preisanstieg verantwortlich gemacht werden, ist das falsch. Schließlich sind schon heute die Stromerzeugungskosten von Erneuerbaren günstiger als von Fossilen - in Deutschland² und weltweit³ - und sollten nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch zur Stabilisierung von niedrigen Verbraucherpreisen schnellstmöglich ausgebaut werden.

Welche Konsequenzen ergeben sich für die EZB?

Gemäß den europäischen Verträgen ist die EZB dazu verpflichtet, die Preiswertstabilität zu wahren. Deshalb sollte sie auf die starken Preisanstiege reagieren, insbesondere wenn sie sich als dauerhaft erweisen. Naturgemäß kann die EZB nicht einzelne Preistreiber wie die Gaspreise adressieren. Allerdings kann sie mit einer Straffung der Geldpolitik dafür sorgen, dass die gesamtwirtschaftliche

¹<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14083883/2-07012022-AP-EN.pdf/49039c42-31ea-3513-8307-eece31d6b25a>

²<https://www.ise.fraunhofer.de/en/publications/studies/cost-of-electricity.html>

³ <https://ourworldindata.org/cheap-renewables-growth>

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33 401, BLZ: 430 609 67
IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Nachfrage gedämpft wird. Erhöht die EZB die Zinsen, würde das etwa die Dynamik im Bausektor bremsen und die rasant gestiegenen Baustoff- und Häuserpreise stabilisieren. Entscheidend ist, dass die EZB sich glaubwürdig zur Bekämpfung der Inflation bekennt, um Erwartungen entgegenzutreten, dass die Preise weiter stark steigen. Denn hohe Inflationsraten sind nicht nur unsozial. Sie bergen auch die Gefahr, dass die politischen Maßnahmen zum Klimaschutz abgewertet werden, da ihnen fälschlicherweise die Verantwortung für steigende Preise zugeschrieben werden könnte.

Warum muss die EZB jetzt ihre angekündigten Klimaschutzmaßnahmen anwenden?

Die Maßnahmen, mit denen die EZB den Preisanstieg adressiert, dürfen nicht zu Lasten des Klimaschutzes erfolgen. Stattdessen sollte eine Straffung der Geldpolitik dazu genutzt werden, um die von der EZB im vergangenen Sommer angekündigten⁴ Klimamaßnahmen umzusetzen und verstärkt die Finanzierung klimaschädlicher Unternehmen zu reduzieren. So stammen nach Schätzung von Greenpeace 63 Prozent - oder 186 Mrd. Euro - der von der EZB erworbenen Anleihen von kohlenstoffintensiven Unternehmen, die jedoch nur etwa dreißig Prozent der Wertschöpfung erwirtschaften. Zwölf Prozent - oder 37 Mrd. Euro - stammen von fossilen Energieunternehmen wie Shell, Eni oder Total, mit einem Wertschöpfungsanteil von nur zwei Prozent⁵.

Konkret fordert Greenpeace, dass die EZB ihr Kaufprogramm für Unternehmensanlei-

hen unter der Berücksichtigung von Klimakriterien korrigiert und einen sofortigen Stopp des Erwerbs der Anleihen von fossilen Energieunternehmen vornimmt. Des Weiteren sollte die EZB aufgrund der hohen Insolvenzrisiken die Abschlüsse (Haircuts) auf Kredite von klimaschädlichen Unternehmen, die als Sicherheiten für Kreditgeschäfte der Banken mit der EZB dienen, erhöhen.

Solch eine Diskriminierung von klimaschädlichen Unternehmen durch die EZB im Rahmen einer geldpolitischen Straffung ist aus drei Gründen geboten:

Erstens sind fossile Energieträger historisch wie auch aktuell die maßgeblichen Preistreiber, während erneuerbare Energien schon heute preisdämpfend wirken. Ihr Ausbau sollte daher im Kontext der Straffung geschont werden.

Zweitens schützt die EZB ihre Bilanz vor Verlusten, indem sie die Ausfallrisiken von klimaschädlichen Unternehmen meidet. Die Bundesbank hat diesbezüglich in ihrem jüngsten Monatsbericht offengelegt, wie groß diese Risiken für die Zentralbank sein können und beziffert den Anteil von existenzgefährdeten Unternehmen auf zehn Prozent⁶.

Drittens leisten diese Maßnahmen einen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele und entfalten damit eine erhebliche Ausstrahlungswirkung auf den europäischen sowie die weltweiten Finanzmärkte.

⁴https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210708_1~f104919225.en.html

⁵ Die Schätzung erfolgt anhand der aktuellen Daten zum Bestand an Unternehmensanleihen der EZB und der in der Greenpeace Studie "Decarbonising is Easy: Beyond Market Neutrality in the ECB's Corporate QE (2020) identifizierten Gewichtung.

⁶<https://www.bundesbank.de/resource/blob/866766/996cb47966382977c14d8e656e71c3dd/mL/2022-01-bewertungseffekte-aktienmarkt-data.pdf>